Plattform Privatheit

Forschung für ein selbstbestimmtes Leben in der digitalen Welt

16.10.2026

Pressemitteilung

Plattform Privatheit: Innovation, Datenschutz und Gemeinwohl gemeinsam stärken

11. Jahreskonferenz der Plattform Privatheit diskutiert Wege zu einer menschenzentrierten europäischen Digitalpolitik

Wie können Innovation, Wettbewerbsfähigkeit und technologischer Fortschritt gestärkt werden, ohne Grundrechte, Datenschutz und den gesellschaftlichen Nutzen digitaler Technologien aus dem Blick zu verlieren? Diese Frage stand im Mittelpunkt der 11. Jahreskonferenz der Plattform Privatheit.

Die Veranstaltung brachte Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft zusammen. In Keynotes, Fachvorträgen, Paneldiskussionen und Posterpräsentationen wurden aktuelle Fragen zu Datenschutz, Künstlicher Intelligenz, Innovation, Wettbewerb, Informationsfreiheit sowie zu den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Auswirkungen der Digitalisierung diskutiert.

Eröffnet wurde die Konferenz von Dr. Alexandra-Gwyn Paetz, Abteilungsleiterin für Technologische Souveränität & Innovation im Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt. Sie unterstrich in ihrer Rede die Bedeutung der wissenschaftlichen Arbeit der Plattform Privatheit, insbesondere mit Blick auf die Ziele der High Tech Agenda Deutschland. Es gehe darum, Innovationen und Wertschöpfungspotenziale zu fördern und dabei gleichzeitig digitale Technologien, insbesondere Künstliche Intelligenz, grundrechts- und werteorientiert zu gestalten. Die Plattform Privatheit leiste dazu seit Jahren einen wichtigen Beitrag.

Innovation, Wettbewerb und Werteorientierung differenziert betrachten

Dr. Michael Friedewald, Koordinator der Plattform Privatheit, Fraunhofer ISI, präsentierte zu Beginn der Konferenz die Ergebnisse des Policy Papers „Innovation, Wettbewerb und Werteorientierung“. Die wissenschaftliche Evidenz zeichne ein deutlich differenzierteres Bild, als es die öffentliche Debatte häufig vermuten lasse.

„Die bisherige empirische Forschung zeigt, dass Datenschutz weder ein Innovationshemmnis darstellt noch hohe Datenschutzstandards automatisch Wettbewerbsvorteile schaffen.“

Wirtschaftlicher Erfolg hänge vielmehr von einer Vielzahl von Faktoren ab: von qualifizierten Fachkräften, Investitionen, organisatorischen Kompetenzen, Datenqualität, tragfähigen Geschäftsmodellen und der Fähigkeit, vertrauenswürdige Produkte und Dienstleistungen erfolgreich am Markt zu etablieren.

Innovation scheitert in der Praxis nicht am Datenschutz

Dr. Thomas Roth, Head of Data Protection & AI, Boehringer Ingelheim, gewährte Einblicke in die Praxis eines weltweit tätigen Forschungsunternehmens und widersprach der häufig geäußerten Annahme, Datenschutz sei ein zentraler Innovationshemmer. Seiner Erfahrung nach ließen die aktuellen rechtlichen Vorgaben sowie die in der Datenschutzverordnung eingeräumten Forschungsprivilegien einen erheblichen praktischen Handlungsspielraum zu.

„In unserem Unternehmen wurde noch kein Innovations- oder Forschungsprojekt aufgrund des Datenschutzes eingestellt."

Herausforderungen bei Innovationsprojekten entstünden häufig an anderer Stelle, etwa durch organisatorische Komplexität, unklare Zuständigkeiten oder Ressourcenfragen. Rechtssicherheit und verlässliche Rahmenbedingungen seien dagegen wichtige Voraussetzungen für erfolgreiche Innovation.

Mehr Evidenz für die Datenschutzdebatte

Dr. Christian Groß, BfDI, stellte das Datenbarometer des Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit vor. Ziel des vor 1,5 Jahren gestarteten Projekts sei es, die Diskussion über Datenschutz und Informationsfreiheit mithilfe repräsentativer Bevölkerungsbefragungen auf eine stärkere empirische Grundlage zu stellen und systematisch zu erfassen. Es gehe darum, die Interessen der Öffentlichkeit bei Datenschutzthemen ernst zu nehmen und in politische Entscheidungsprozesse einfließen zu lassen.

Darüber hinaus kündigte er eine neue Unternehmensbefragung an, die untersuchen soll, welche Rolle Datenschutz und Künstliche Intelligenz in Innovationsprozessen spielen und welche Erwartungen Unternehmen an Regulierung und Aufsicht richten.

„Die Debatte über Datenschutz und Innovation braucht belastbare Daten statt Vermutungen."

Technologie sollte den Menschen nützen

„Die Technologiepolitik der EU sollte KI-Unternehmen nicht nur für deren Risikominimierung, sondern auch für das öffentliche Wohl in die Pflicht nehmen."

Mit dieser Forderung hielt die Rechtswissenschaftlerin Sandra Wachter, Professorin für Technologie und Regulierung an der University of Oxford sowie am Hasso-Plattner-Institut, Potsdam eine Keynote über den „Preis der Innovation". Diesen Preis zahle vor allem die Öffentlichkeit, in Form von Steuererleichterungen, öffentlichen Fördermitteln und durch den Zugang zu Land, Wasser und Infrastruktur – mit zum Teil verheerenden Folgen für die Umwelt. Die Öffentlichkeit erhalte jedoch dafür von den KI-Unternehmen bisher wenig greifbare Vorteile.

Wachter warnte vor Chatbots, die echte menschliche Beziehungen verdrängen sowie vor dequalifizierenden Auswirkungen generativer KI. Auch wies sie auf die Gefahren so genannter „unterwürfiger" KI-Systeme hin, die darauf ausgelegt seien, das Engagement der Nutzer:innen zu maximieren, indem sie die Sicht der Person, die Rat sucht, stets bestätigten. Damit beschädige Künstliche Intelligenz genau das, was Menschen laut psychologischer Forschung zum Glücklichsein bräuchten: Verbundenheit, Kompetenz und Autonomie.

Politische Entscheidungsträger sollten sicherstellen, dass öffentliche Unterstützung Innovationen zugutekommt, die Glück und Wohlbefinden der Menschen verbesserten, statt sie zu beschädigen. Wie solche Maßnahmen konkret ausgestaltet werden können, erläutert die kürzlich veröffentlichte Forschungsarbeit „Optimising for Happiness in EU-Technology Policy to Repay Public Subsidies for AI", die Wachter mitverfasst hat.

Was mangelnder Datenschutz Unternehmen und Verbraucher kostet

Die abschließende Keynote von Claudio Teixeira, Leiter Digitalpolitik beim europäischen Verbraucherverband BEUC, widmete sich den wirtschaftlichen Folgen einer Schwächung von Datenschutz und Datenrechten. Grundlage war eine neue Studie des BEUC, die die volkswirtschaftlichen Kosten unzureichenden Datenschutzes untersucht.

Danach belaufen sich die jährlichen Kosten mangelnder Informationssicherheit für die Verbraucher auf rund 103 Milliarden Euro. Die Kosten von Betriebsausfallzeiten aufgrund von Datenschutz- oder Cybersicherheitsvorfällen für Organisationen werden für die EU auf rund 25 Milliarden Euro pro Jahr geschätzt. Für Einschränkungen von Betroffenenrechten veranschlagt die Studie weitere 1,9 Milliarden Euro jährlich. Gleichzeitig wird der wirtschaftliche Wert personenbezogener Daten auf Sekundärmärkten auf rund 107 Euro pro Person und Jahr beziffert.

Teixeira argumentierte, dass erhebliche wirtschaftliche Werte auf personenbezogenen Daten beruhen, die daraus entstehenden Vorteile jedoch häufig bei wenigen dominierenden Plattformunternehmen konzentriert seien. Die derzeit diskutierte Deregulierung des Datenflusses mithilfe des „Digital Omnibus“ könne als Freibrief für die Nutzung personenbezogener Daten durch KI interpretiert werden – mit äußerst besorgniserregenden Folgen.

„Was wir brauchen, ist nicht die Aufweichung europäischer Regeln, sondern ihre konsequente Durchsetzung gegenüber allen Markteilnehmern als Grundlage eines fairen Wettbewerbs. Wer diese Regeln schwächt, wird vor allem die bereits dominierenden Plattformen stärken – nicht Europas Unternehmen.“

Erfolgreiche europäische Innovation wird multifaktoriell bedingt

Die Diskussionen der Konferenz machten insgesamt deutlich, dass Europas Zukunft von Innovationskraft, technologischer Leistungsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit abhängt. Gleichzeitig wurde immer wieder betont, dass erfolgreiche Innovation etwas Anderes benötigt als den Ruf nach Deregulierung: Forschung, Talente, Investitionen, Rechtssicherheit, verantwortungsvolle Datennutzung und fairer Wettbewerb wurden von den Referierenden als zentrale Voraussetzungen für nachhaltigen wirtschaftlichen Erfolg benannt. Auch wirke Vertrauen vor allem in risikosensiblen Bereichen wie Gesundheit, Finanzen und staatlicher Datenverarbeitung als Wettbewerbsfaktor.

Koordinator “Plattform Privatheit”
Dr. Michael Friedewald
Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung ISI
Abteilung Neue Technologien
michael.friedewald@isi.fraunhofer.de

Presseanfragen bitte an:
Ltg. Wissenschaftskommunikation „Plattform Privatheit“
Barbara Ferrarese, M.A.
Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung ISI
Abteilung Neue Technologien
+49 151 724 25939
barbara.ferrarese@isi.fraunhofer.de

„Plattform Privatheit und selbstbestimmtes Leben in der digitalen Welt“
https://www.plattform-privatheit.de/
Bluesky: plattformprivat.bsky.social
Mastodon: @ForumPrivatheit@bawü.social
LinkedIn: linkedin.com/company/plattform-privatheit

In der vom Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt geförderten Plattform Privatheit untersuchen Expertinnen und Experten interdisziplinär, kritisch und unabhängig Fragestellungen zu Privatheit und Datenschutz in der digitalen Welt. Die Plattform Privatheit wird vom Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung und dem Wissenschaftlichen Zentrum für Informationstechnik-Gestaltung an der Universität Kassel koordiniert.

Gefördert durch: